

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zufellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden durch die Post-
postalfreien angenommen. An
sonstigen Zeitungsverträgen unter
Einschluss der Zustellung. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Dollschied-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe
merk. 8. 7. 1/2 Zoll. 35 mm dr. Kolonnen-
größe od. der. Raum mit 30 Pf. u.
10 % Zustellung berechnet und in auf-
w. Plauderstellen a. allen Anzeigen-
geschäften. Restanten die 78 mm
breite Zeile 1 Mf. u. 10 % Zustell-
Anzeigen - Annahmefrist: bis m.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. ab 6
Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheinung
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. a. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 15, St. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.
Halle 24 und Droßo Wilschtr. 22.

Nr. 223.

Halle, Mittwoch, den 15. Mai.

1918.

Der Kaiser sprach: Also, es steht gut!

Der Kaiser über die Lage im Westen.

Besuch des Kaisers in Raden. — Eine Rede gegen die Kleinmütigen. — Die Offensive geht gut vorwärts. — 600 000 Engländer außer Gefecht. — Die Sache im Westen wird gemacht.

Die Stimmung des Heeres ist vorzüglich.

WTB. Raden, 14. Mai. (Drachnachricht.) Vor einigen Tagen weilte der Kaiser, aus dem Großen Hauptquartier kommend, auf der Durchreise in Raden und stattete dem Kaiserhof und dem Rathause einen längeren Besuch ab. Im Münster hielt sich der Kaiser über eine Stunde auf, dann begab er sich, begleitet vom Oberbürgermeister, zum Rathaus, wo gerade eine Sitzung der Stadtverordneten stattfand. Der Kaiser erinnerte hier an ein Festmahl, das bei seiner früheren Anwesenheit in der alten Kaiserstadt stattfand, worauf der Oberbürgermeister erwiderte:

Wenn Eure Majestät nach reichlichem Friedensschluß wieder in die alte Kaiserstadt kommen, dann werden wir hier in diesem Räume das herrlichste Festmahl halten. Sie auf erwiderte der Kaiser:

Ja, das wollen wir!
Sodann begab er sich in den Sitzungssaal der Stadtverordneten und hielt an die Herren, denen der Besuch des Kaisers völlig unerwartet kam, etwa

folgende Ansprache:

Von der Weisheit kommt, freut es mich, die Herren hier begrüßen zu können. Im Westen habe ich das halbe verweilte Frankreich besichtigt. Da gewinnt man erst den richtigen Eindruck von dem Franzosen, von dem unser Vaterland westwärts geblickt ist. Was eines Kleinmütigen werden sollte, der möge einmal einige Tage an die Front gehen und sich die Verwundungen ansehen, dann wird er nicht mehr klagen und mit seinem Lohse zufrieden sein. Dann wird er die Mühseligkeiten, Entbehrungen und Schrecknisse des Krieges mit Geduld ertragen. Wenn die Herren sich hier in sicherer Ruhe zur Friedensarbeit zusammenfinden können, so verstanden sie das unterm unvergleichlichen Heere.

Die Offensive geht gut vorwärts. 600 000 Engländer sind bereits außer Gefecht gesetzt, 1800 Gefühle erbeutet. Die

Franzosen müssen überall einspringen. Hart werden die Gegner mitgenommen und sie haben's auch nicht besser verdient.

Die Sache im Westen wird gemacht!

Aber wir müssen Geduld haben. Millionenheere können nicht in einigen Tagen erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen! Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir auch richtige Schmieche.

Den Osten haben wir geöffnet. Der Arim geht es auch vorwärts. Aus der Ukraine find die ersten Lebensmittel in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelförderung gebessert. In Sewastopol haben wir eine starke, reich beladene Handelsflotte erbeutet. Dort werden wir den Verkehr auf dem Schwarzen Meer wieder ermöglichen.

Also, es steht gut!

Ich freue mich über das nationale Verhalten der Herren an der Westfront. Die Stimmung des Heeres ist vorzüglich. Viele Heldenländer und auch viele Wagnere habe ich in den Kasernen an der Front getroffen und ihnen Auszeichnungen überreicht. Nun, meine ich, ist es auch Zeit, alles Fremde, das uns umgibt, zu entfernen. Alles französische Parisieren muß aufhören. Sprechen wir lieber unser deutsches Heere.

Unter begeisterten Hochrufen der Stadtverordneten verabschiedete sich der Kaiser hierauf, um im Kraitwagen zum Auszug und dann zum Ehrenfriedhof zu fahren. In der Stadt hatte sich die Nachricht von der Anwesenheit des Kaisers mit Höchstgeschwindigkeit verbreitet. Auf dem Markte hatte eine tausendköpfige Menge, die den Kaiser mit Jubelrufen begrüßte.

Das Spiel geht weiter.

Annahme der Resorvorlagen in der Gesamtabstimmung.

Alle vorliegenden Anträge zu § 3, der die Art der Wahl festlegen sollte, wurden abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurden alle drei Vorlagen angenommen.

„Das Spiel ist nicht aus. Wenn Sie das gleiche Wahlrecht abgelehnt haben, dann war das nur die Exposition, das eigentliche Drama beginnt erst dann. Mehr habe ich in diesem Augenblick nicht zu sagen.“ So schloß am Montag der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Staatsminister Dr. Friedberg. Vom Regierungssitz aus erfolgte keine Drohung. Unbeeinträchtigt durch irgendwelche Ankündigung drohender Maßnahmen sollten die Abgeordneten ihre Abstimmung vornehmen, allein beeinflusst von ihrem Gewissen und von den Gründen und Gegengründen, die in vielen Reden zum Vortrag gekommen sind. Bevor aber auch am Dienstag zur Abstimmung geschritten werden konnte, mußte sich das Abgeordnetenhaus noch durch einen Witz von Paragrafen hindurcharbeiten.

Endlich kam man zu dem verhängnisvollen § 3, der die Art des Wahlrechts regeln sollte und der die unumfänglichen Bestimmungen aller drei verfassungsmäßigen Vorlagen enthielt. Es erwidert sich, an dieser Stelle nochmals darauf einzugehen, was bei der Gelegenheit in dem im Afterleben begriffenen Hause gesagt worden ist. Neues wurde auf jeden Fall nicht geboten. Dafür aber sollte sich filmartig Senfation auf Senfation ab. Wichtigtig beleuchteten die Abstimmungen die Wirkung des trotz der noch fehlenden offiziellen Ankündigung sich bemerkbar machenden Dramas, von dem Staatsminister Friedberg gesprochen hatte. Schon der Montag hatte die bemerkenswerte Tatsache gebracht, daß die Nationalliberalen sich für die Sicherungsanträge des Zentrums ausgesprochen. Der Zentrumsernitter konnte geltend machen, daß seine Partei für das gleiche Wahlrecht stimmen würde in der Erwartung, daß die Sicherungen doch noch in die Vorlagen hineingebracht werden würden. Mit 236 gegen 185 Stimmen bei 4 Enthaltungen wurde das gleiche Wahlrecht, um das König und Regierung gemorren haben, das dasheim und an der Front erwartet wird, von der sich aus Konservativen, Freikonservativen, einigen Zentrums, sowie einem Teil der Nationalliberalen zusammenlegenden Reaktion abgelehnt! Noch einmal siegte der ungekrönte über den gekrönten König. Bei der 2. Befragung der Vorlage hatte die Mehrheit 52 Stimmen betragen, gelien betrug sie 51. Und doch sieht dieser Pyrrhus sieg des Herrn von Heudebutts und der Laja bei näherem Betrachten noch kläglicher aus, wie der vorangegangene Erfolg bei der zweiten Befragung. Denn a u d a s Wort bei Reaktion — die Kommissionsbeschlüsse mit den fünf Zusatzfragen — haben eine Mehrheit nicht gefunden. Bei der Abstimmung war das Stimmerkhältnis ein fast umgekehrtes — der Bogen sollte nicht überparant werden, den Verhandlungsmöglichkeiten sollte Tür und Tor geöffnet bleiben. So wurden auch die Kommissionsbeschlüsse mit 220 gegen 191 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Das war eine zweifelhafte Niederlage der Reaktion, und die Linke hatte alle Ursache, dies Ergebnis mit Beifall zu begrüßen. Endlich aber wurde auch der Antrag Lohmann mit seinen zwei Zusatzfragen abgelehnt. Diese Ablehnung qualifizierte sich zu einem besonders effikassigen Begründung. Nur 78 Stimmen wurden für den Antrag Lohmann abgegeben, dagegen aber 338.

Was nun? Es ist ein Vakuum geschaffen, das vom Herrenhaus besetzt werden muß. Wie der leere Raum ausgefüllt werden muß, ist die Frage, die Staatsminister Dr. Friedberg sofort durch eine feierliche Erklärung selbst beantwortete: Das gleiche Wahlrecht muß kommen! Die Regierung hält daran fest, und sie wird das Abgeordnetenhaus ausfüllen, wenn auf dem Umwege über das Herrenhaus das gleiche Wahlrecht in „angemessener Frist“ nicht bewilligt ist. Das ist das Wort, das das preussische Weiberhaupt das ganze deutsche Volk erwartete. Das ist das Wort, das unbedingt kommen mußte, wenn sich die Regierung nicht um jeden Kredit im Volke bringen wollte. Sie konnte nicht anders Ihre Pflicht, das Ansehen der Krone zu wahren, konnte sie nur erfüllen mit der Erklärung, daß sie zu einer Auflösung bereit ist. Die Auflösung wird zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies noch pflichtmäßigem Erntes der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.“ Diese letzten Worte mühten wir jedoch

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 14. Mai, abends. (Wittlich.) Erfolgreicher deutscher Vorstoß in die englischen Linien auf dem Nordufer der Somme an der Straße Bray — Corbie. Heftige Gegenangriffe des Feindes scheiterten. Sonst nichts Neues.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 14. Mai. Wittlich wird verlautbart: Die Geschäftslage an der italienischen Gebirgsfront leichtet der letzten Tage.
Der Chef des Generalstabes.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland.

Zürich, 14. Mai. (Privatmeldung.) Reuter berichtet aus Moskau: Zwischen der russischen und deutschen Regierung fand über die Beilegung der Arim ein Auenwechsel statt. Namens der deutschen Regierung erklärte Graf Mirbach, daß Senafation infolge des Anstieges der Schwarzmeer-Flotte befehrt wurde, indes gewährte die deutsche Regierung der Arim-Beilegung das Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Tschischewin, der russische Volkskommissar, erwiderte dem Grafen Mirbach, daß die Beilegung nicht auf Weisung der russischen Regierung, sondern durch einige von der Schwarzmeer-Flotte genannten Schiffen erfolgt sei.

Waffenstillstand bei Kurost.

Zürich, 14. Mai. (Eigene Drachnachricht.) Der Neue Zür. St. wiesolte wird aus Moskau berichtet, daß am 5. Mai ein russischer Parlamentarier in der Umgegend von Kurost einen Waffenstillstand abgehandelt habe. Dieser bechränkt sich für den Augenblick nur auf einen kleinen Teil bei Kurost, doch sind Verhandlungen in seiner Ausdehnung an der ganzen deutschen Front gestraffen worden. Die Kanonade dauert gegenwärtig an der Front weitest von Kurost nach fort.

Die Friedensverhandlungen zwischen Großrußland und der Ukraine.

Stockholm, 14. Mai. (Eigener Drachbericht.) Aus Moskau wird berichtet: Tschischewin hat gestern den Behörden von Kiew, der deutschen Regierung, den Minister des Meisters und dem Sekretär der russischen Friedensabordnung folgendes Abototelegramm geschickt.

Die russische Regierung nimmt den Vorschlag der deutschen Regierung, die Verhandlungen mit der Ukraine in Kiew zu führen, an. Als unerlässliche Bedingung verlangen wir, daß unsere Sachverständigen und den im Dienst der russischen Friedensabordnung stehenden Personen die freie Ueberfahrt über die Grenze gestattet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß die deutsche Regierung, indem sie Kiew als Verhandlungsort vorschlägt, gewillt sein wird, auch unsere Abgeordneten in der Ukraine Unannehmlichkeiten nicht ausgesetzt werden.

Der niederländisch-indische Schiffsverkehr und Amerika.

WTB. Amsterd., 14. Mai. (Nach einem Telegramm der Niederländisch-indischen Verhagetur aus Batavia hat der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien beim Kolonialminister angetragen, daß die Vereinigten Staaten die Zulassung gegeben haben, daß den niederländischen Schiffen jetzt, wo die Fahrt nach Amerika wieder aufgenommen wird, die Ermauung von Ausreisefällen gestattet werden wird. Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ erfährt, hat die niederländische Regierung daraufhin dem Generalgouverneur geraten, sich mit dem Geschäftsträger in Washington in Verbindung zu setzen. Der Generalgouverneur hat, nachdem er von dort eine ermutigende Antwort erhalten hatte, beschlossen, die Fahrt nach Amerika wieder zu eröffnen. Man hat auch damit beantragt, Ausreisefällen für die Wetfel zu erteilen, deren freie Ausfuhr verboten wurde.

Zufriedenheit und Unzufriedenheit der holländischen Reeder.

S Haag, 14. Mai. (Privatmeldung.) Nach einer Meldung haben die holländischen Reeder in Rotterdam gestern die erste Auszahlung der Vergütung für die von Amerika beschlagnahmten Schiffe erhalten. Im allgemeinen sind die Reeder mit der Auszahlung für die Frachtdampfer zufrieden, nicht aber mit der Vergütung für die beschlagnahmten Personendampfer. Die Reeder stehen auf dem Standpunkt, daß für die Personendampfer eine andere Berechnungsart als für die Frachtdampfer eingeführt werden müsse.

Strafen für unerlaubte Grenzüberschreitungen.

WTB. Paris, 14. Mai. (Drachnachricht.) Dasas. Präsident Bolnars hat einen Befehlswort zur Untersticht vorgelegt über die während des Krieges zu verhängenden Strafen für Verbrechen, die die Grenze unerlaubterweise überschritten oder zu überschreiten versucht haben, oder die nicht erwünschte Schriftstücke über die Grenze gebracht haben.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Beendigung der Beratung der Wahlrechtsvorlagen.

Ablehnung der Ausschussanträge über das Wahlrecht mit 220 gegen 191 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Regierung kündigt die beabsichtigte Auslösung des Abgeordnetenhauses an. — Weitere Verhättnisse der Vorlage. — Die Gesamtabstimmung.

(Eigener drahtlicher Parlamentsbericht der „Saale-Zeitung“.)

Über den Verlauf der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird uns weiter berichtet: Nach der Abstimmung über den Antrag Lohmann folgt die Abstimmung über die

Ausschussanträge.

Sie werden in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 191 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmen mit den Konserverativen die Freikonserverativen bis auf die Abg. Dr. Krenndt, Wagner, Breslau, Bredt, Marburg und v. Kardorff. Auch einige Zentrumsabgeordnete stimmen dafür. Die Nationalliberalen waren dagegen.

Das Abstimmungsergebnis wird von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da namentlich das gleiche Verhältniß ebenso wie der Antrag Lohmann und die Kommissionsbeschlüsse abgelehnt sind, ist überhaupt kein Beschluß zu § 3 der Wahlrechtsvorlage gefaßt. Es ist also in der Vorlage eine Lücke vorhanden.

Sofort nach Verkundigung der Abstimmung erhebt sich Vizepräsident Staatsminister Dr. Friedberg und gibt folgende

Erklärung

ab: „Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unentbehrlich fest und ist entschlossen, zu seiner Durchföhrung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen. (Stürmischer Beifall links und im Zentrum.) Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für unser ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal auch die Vernehmung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil der geplanten Reform bildet. Demgemäß muß auch das Herrenhaus sich mit der Vorlage zu befassen haben. Sollte dies dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung innerhalb gemeinerer Frist nicht zur einhülligen Annahme des gleichen Wahlrechtes führen, so wird die Auslösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßiger Ermessen der Staatsregierung mit der Regierungen beschaffen ist.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall links und im Zentrum.)

Unter allgemeiner großer Bewegung wird darauf die Einzelberatung fortgesetzt.

Die weiteren Paragraphen des Wahlrechtes werden unter allgemeiner großer Unruhe angenommen.

Bei § 14 werden die Anträge der fortschrittlichen Volkspartei und ein Zentrumsantrag, der allgemein die Sicherung der Wahlfreiheit

fordert, verbunden.

Abg. v. Arles (Konf.) meint, daß die Sicherung in die Wahlordnung gehöre.

Abg. Lewin (Fortföhr. Sp.) spricht sich für den Zentrumsantrag aus.

§ 14 wird darauf mit dem Zentrumsantrage angenommen.

Darauf kommt ein Antrag der Fortschrittlichen und der Nationalliberalen zur Beratung, der wieder

Die Einführung der Verhältniswahl in der Dänemark und in den großen Wahlbezirken verlangt. Ein Antrag Vorsh will die

Wahlkreis-einteilung durch das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit

gegen Veränderungen föhren.

Abg. Niepmann (Fortföhr. Sp.) spricht sich gegen diesen Antrag aus, der die alte agrarische Wahlkreis-einteilung verewigt.

Ein Zentrumsabgeordneter verweist auf den Antrag Vorsh und spricht gegen die Verhältniswahl.

Abg. v. Arles (Konf.) lehnt die Verhältniswahl ab. Abg. Widde (Freikonf.): Bisher ist noch nicht abgesehen, daß die Verhältniswahl die Fortföhrung der Dänemarkenpolitik föhrt.

Abg. Künker (Atl.): Wir legen den größten Wert auf die Verhältniswahl im Dänemark.

Der Antrag über die Sicherung der Wahlfreis-einteilung wird angenommen.

Der Verhältniswahlantrag der Fortschrittlichen und Nationalliberalen für Berlin und eine Anzahl Großstädte wird abgelehnt.

Darauf wird über die Einführung der Verhältnissewahl in den gemischtprädikalen Landbeständen namentlich abgestimmt.

Der Antrag auf Einführung der Verhältniswahl in den gemischtprädikalen Bezirken wird mit 203 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Der Rest der Vorlagen über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird angenommen.

Hierauf werden die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes beraten. Nach Artikel 7 entscheidet über die Gültigkeit der Wahlen zum Abgeordnetenhaus das Oberverwaltungsgericht. Ein Zentrumsantrag will die bisherigen Zustände beibehalten lassen, wonach das Abgeordnetenhaus diese Prüfung der Wahlen selbst vornimmt. Nach einem konzilianten Antrage entscheidet das Oberverwaltungsgericht im Beschlusseverfahren. Ni ein Einspruch rechtmäßig erhoben, so können alle Einspruchsberechtigten sich bis zur Entscheidung dem Einspruche angeschlossen oder Gegengründe geltend machen.

Nach kurzer Erörterung durch die Abg. Ludewig (Atl.), v. Arles (Konf.), Bell (Ztr.) und Widde (Freikonf.) wird der Artikel 7 mit dem konserverativen Antrage angenommen.

Ein Zentrumsantrag fordert einen neuen Artikel 9a, der folgendenmaßen lautet:

„Die Verfassung kann auf dem obersten Wege der Gesetzgebung geändert werden, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln bei zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß, erforderlich ist.“

Abg. Ludewig (Atl.): Wir lehnen den Zentrumsantrag ab.

Der Antrag wird darauf angenommen. Ebenso werden die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes angenommen.

Darauf werden die drei Verfassungsgesetze in einer Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen die fortschrittliche Volkspartei, die beiden sozialdemokratischen Gruppen, die Polen und Dänen, sowie einige Nationalliberalen und Freikonserverative.

Das Haus vertagt sich darauf auf Dienstag, den 4. Juni 2 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Gefühlsverwallung. Schluß der Sitzung 1/2 6 Uhr.

nicht so auffassen, daß die Aufkündigung etwa erst nach Beendigung des Krieges erfolgt. Es dürfte die Erklärung zweifellos auch wohl nicht gemeint sein.

Mit dem Ratum bei § 3 wurde die Beratung fortgesetzt. Und nun lehnte alles, was einen Widerwillen gegen den Fortschritt verpörrt, noch einmal alle Kräfte ein, um die Vorlagen für die Linke so unannehmbar wie möglich zu machen. In dem Bewußtsein, daß das gleiche Wahlrecht doch kommen wird, wurde ein Teil der reaktionären Sicherungen angenommen, die das Gesetz für die Linke als wertlos erscheinen lassen muß.

Daß die beantragte gemeinsame Verhältniswahl abgelehnt wurde, mag hingehen. Daß aber für eine Änderung der Verfassung eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein soll, ist so offensichtlich, daß dadurch geradezu ein Teil der parlamentarischen Betätigungs-möglichkeiten wieder aufgehoben wird. Noch vollständiger ist der weitere zur Annahme gefommene Beschluß, daß die gleiche Verhältnis-einteilung nur durch eine Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann! Der unangenehm ungerechte bestehende Zustand soll also unverändert bleiben. Der Wähler-Disputations soll in alle Zukunft ein vielfach größeres Wahlrecht besitzen, als der im Westen oder überhaupt in einer Großstadt!

Praktisch lag die Sache am Schluß der Beratungen so, daß die Reaktion den Fortschritt zu Fall, aber weitere reaktionäre Maßnahmen in Sicherheit gebracht hatte. Es bedarf keiner Worte, daß die Vorlagen in dieser Weise für den Liberalismus das Besondere der Gesamtabstimmung unannehmbar sein mußten.

Das Spiel ist nicht beendet; es geht weiter. Jetzt hat uns Herrrenshaus das Wort!

O. H.

Weitere Verträge mit Rumänien.

WTB. Berlin, 14. Mai. Auf Grund des Artikels 29 des Friedensvertrages ist zwischen Deutschland und Rumänien unter dem 7. d. M. ein beiderseitiges Abkommen über die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen des Eisenbahn-Verkehrs, des Post- und Telegraphen-Verkehrs, sowie über eine Werksanlage in Giurgiu geschlossen worden. Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Weiterföhrung der Verkehrsleistungen auf wirtschaftlichen oder finanziellen Gebieten abzielen und innerhalb ihres Staatsgebietes solche Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Die während des Krieges festgesetzten Zollbestimmungen sollen weiter ausgebaut werden. Die Angehörigen des Deutschen Reiches sollen im Bereiche von Handel und Gewerbe usw. keinen weiteren Beschränkungen unterworfen sein als die am besten gestellten Klasse der einheimischen. Der Handels-Zoll- und Schiffsverkehrsvertrag von 1893 soll wieder in Kraft treten und bis 31. Dezember 1930 in Kraft bleiben. Das Abkommen über die Eisenbahnfragen regelt die Zahlungsverpflichtung aus der Zeit vor dem Kriege, die Föhrung des geschäftlichen Verkehrs, die Handelsreise über die Einföhr- und Durchföhr deutscher Waren usw.

Auf Grund des Weltpostvertrages wird Rumänien mit Deutschland

ein Sonderabkommen für den Postverkehr schließen, wonach Deutschland ebenso günstig gestellt wird, wie ein an Rumänien unmittelbar angrenzendes Land. Weitere Bestimmungen beziehen sich u. a. auf den Bau der dritten unmittelbaren Telegraphen-Leitung zwischen Berlin und Bukarest und erstellen der deutschen Regierung das alleinige Recht, bis Ende 1950 an der rumänischen Küste Kabel landen zu lassen.

Für den Bau einer Werksanlage verpflichtet die rumänische Regierung einer vom deutschen Reich zu bezeichnenden Gesellschaft ein am Winterhafen von Giurgiu gelegenes Staatsgelände zunächst auf die Dauer von 10 Jahren. Der rumänischen Regierung wird eine Kapitalbeteiligung von mindestens 30 Prozent zugesichert.

Schritte auf der Treppe.

Roman von Marie Stahl.

Das Blut schoß ihm plötzlich zu Kopf, er war nicht mehr Herr seiner selbst, als er nach ihrer Hand griff, so daß die Zigarette zu Boden fiel, und sie mit einer nicht mißzuverehenden, heißbegehrenden Bitte ihn in die Augen faß.

Den Bruchteil einer Sekunde ließ sie ihm Zeit, die Süße ihrer forperlichen Nähe zu kosten — mehr aber er nicht.

„Geh Ebernhil — bitte — geben Sie meine Hand frei — Was denken Sie von mir? — Ich bleibe nicht mehr mit Ihnen allein.“

Sie war zur Tür hinaus, als er zur Besinnung kam, und es schämte sich.

Donnerwetter, er hatte sich vergeffen, das durfte nicht wieder vorkommen! Der Brother der Angestellten gegenüber — pfui, wie häßlich! Morgen wollte er sie in aller Form um Entschuldigung bitten — sie war ja ein hochanständiges Mädchen, ein vornehmes Geistes!

Woh unenträglich respönd. Aber sie war auch klug und liebenswürdig genug, um zu vergeffen.

Er hatte eine unruhige Nacht. In seinen Träumen lag er immer den kleinen, erfindenden Seidenstübchen, und wenn er aufstand vom Schlaf, glaubte er den kleinen, besonderen Duft von Lores dunklem Haar zu atmen, das fast seine Wangen streifte, als sie Feuer für ihre Zigarette von ihm haben wollte.

Dreizehntes Kapitel.

Am folgenden Tage kam Lore Obden im Auto stöck bei Bobentzins vorbeigefahren, um Käte zu dem Besuch in Habersdorf abzugeben. Ebernhil hatte bestimmt, daß sie, wie seine Frau, mit Fritz Kieber neben dem Chauffeur fahren sollte. Er hielt das für sicher.

Als Käte den Hut aufsetzte, sagte die alte Frau Bobentzins, ihre Schwiegermutter: „Du willst wieder fort?“ Und Kieber meinte: „Das röh an Kätesen Kerzen, die aufs höchste gespannt waren, in der Erwartung, ob sie Richard Bauer noch sehen würde.“

„Für gönnt es mir wieder mal nicht — ich wöh schon, ich soll nicht aus Kinderstube und Küche hinausgehen — aber, ich lasse mich nicht empieren! Frauen sind nicht mehr so rechtlich als früher. Es: nicht unzeitig, Trauben, — leb wohl!“ Damit war sie zur Tür hinaus, und die alte Frau

lah ihr mit einem finsternen, fummerrollen Blick nach. Sie nahm Trauben auf den Arm, küßte und trödelte das Kind.

Käte aber lehnte mit einem Entsetzungsblick neben Lore in den beiden Seiten. Sie hatte ein schickes Gemäch, als gleich sie es nicht eingetaut, und ein dunkles Angestühl wie eine Bekkammer. Außerdem war ihr Lore Obden nicht gelern fragwürdig erschienen. Sie hatte ihr Spiel mit Ebernhil durchgesehen und gesehen, wie sie Bender mißhandelte. Nun kam sie heute in einer Luftfahrt wie die Herrin selbst.

Käte mußte immer an Frau Schwig denken, an diese feine, liebenswürdige Frau, die jetzt trank in der Ferne weite und nicht ahnte, welche Gefahr ihr drohte. Und als Frau nahm sie im Herzen Partei für die Ehefrau gegen den Einbringling, den nach fremdem Eigentum zu gelassen lösen. Hier zeigte sich ihr gelundes Gemüthen. Wie kam diese Lore Obden dazu? Sie hatte ja Bieder! Aber freilich, sie fuhr wohl lieber im Auto mit Kautzer und Diener, als daß sie mit Bender zu Fuß ging.

So waren Kätes Hesse Gedanken, während sie höflich und liebenswürdig mit Lore plauderte. Doch es war nichts mehr von der großen Wärme im Ton, die sie her Fremden zuerst entgegengebracht.

In Habersdorf wurden sie von Frau Emma Klems mit herzlicher, lässlicher Gastfreundschaft aufgenommen. Herr Oberkammern war nach Neu-Ruppin gefahren, so blieben die Damen unter sich. Käte hatte sich bisher vergeblich nach Richard Bauer umgesehen, sie mochte auch nicht gleich nach ihm zu fragen. „Der ist das Herz. Sicher, der Unselige war ebenfalls abwesend.“

Man sah in dem beschlagnahmten Damenzimmer, am Sofa, unter dem Bilde der Königin Luise, Raffee und Kuchen von Lante Emma, wie sie im ganzen Kreise flöhen, waren bestümt, und die altwürdevollen Hofstimmeln von braunem Rips bequem und weich wie Daunendöcken. Das Gepräch blieb natürlich lange Zeit an dem sensationellen Ereignis in der Villa Ebernhil mit keinen Folgen hängen. Lore verfuhrte wiederholt, es auf ein anderes Thema zu lenken, doch Käte Gemüthen konnte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, von einer Augenzeugin das Nähere von allem drum und dran zu erfahren. Sie wollte alles wissen; was der Ermordete zuletzt getan, gesagt und gedacht, wo er die Braut zum letzten Mal gesehen und geföhrt, was jeder einzelne gesagt und getan, als die Tat ruder wurde, und so ging es ins Endlose. Ein Selbstmord wollte ihr gar nicht einleuchten. Das tut man doch nicht, wenn schon alles bereit ist zur Hölle. Und mit solch einem Schwiegermutter, der die Hand durchaus nicht

auf der Tasche hielt. Nein, nein, das tut ja kein vernünftiger Mensch!

„Warum Sie aus?“ sagte sie zu Lore gewandt, „es kommt schon noch an den Tag. Der Täter mag sich noch so sicher glauben, eines Tages wird er entlarvt. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher. Und das sage ich Ihnen, hier mit meiner Hand könnte ich den Schurken niederlagen oder schießen, so der viel Kammer über eine glückliche Familie gebracht!“ Sie ballte ihre gute runde Hand zur Faust und schüttelte sie drohend in der Luft.

„Wo waren denn Sie gerade, als das Unglück geschah?“ fragte sie dann noch, während sie Lore wieder Raffee einsetzte.

„Ja? Warum? — O, ich war natürlich in meinem Bett.“

„In der Herr Bauer lag immer, passen Sie auf, es heißt ein Frauenzimmer dahinter. Solch ein schöner Mann wie der junge Graf war, macht die Weiber toll und verrückt.“

„Wo ist denn Herr Bauer heute?“ „Er ist auch nach Neu-Ruppin gefahren?“ fragte Lore schnell. „Wie er hatte genia von dem Thema Habensdorf und Wod.“

„Den sehe ich jetzt selten. Wenn er hier ist, steht er immer bei Paltors. Ja, ja, das ist ein Schmetterling. Ein lieber Mensch, aber ein Durchgänger. Paltors haben nämlich neuerdings eine Pensionarin, die Frau Meier-Karr. Von dem verstorbenen reichen Meier-Karr die einzige Tochter. Er spezialisierte in Panzerkranz und Gütern. Ihr Vormund hat sie auf ein Jahr hierher geschickt, weil sie erst sieben ist und schon so viel Anträge hatte. Hüßlich ist sie auch, Paltors sind entfernt verwandt mit ihrer ebenfalls verstorbenen Mutter. Na, ich glaube, wenn er unseren guten Bauer gefannt hätte, würde er sie nicht gerade nach Habersdorf gebracht haben. Der ist natürlich hinter ihr her wie die Fliege nach dem Zucker. Ob er Glück hat, weiß ich nicht, aber er ist ja solch ein feiner Schwärmerdöter, dem keine Widertage.“

„Jetzt mußte Käte, was sie wissen wollte. Ja, sie hatte es gedacht. Sie nahm ihre ganze Kraft auf, um nicht merken zu lassen. Sie küßte Lores neugierigen Blick, ihr Stolz empföhrte sich, sie wollte nicht gedemütigt als die Verlassene, Bestozene vor ihr stehen, die siegreich mit dem Männchen spielte. Sie sprach und lachte, ob und trant, aber sie hatte das Gefühl, als jäh sie ein Automat, der mechanisch sein Stöckchen abknurrte. Und als wäre ihre Seele tot und erloschen.“

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Kleine Anfragen. — Haushalt des Reichsjustizamtes. Beratung des Kolonialhaushalts.

Berlin, 14. Mai.

Der Reichstag erledigte heute zunächst kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage über Befragung wegen Nichtablieferung von Hühereiern wurde erklärt, daß die Wiederablieferung Sache der Landesbehörden und nicht der Reichsbehörden sei. Antragsmaßnahmen seien zulässig und rechtmäßig. Von einer Untergeweiherung an Soldaten deren Angehörige wegen Nichtablieferung von Eiern bestraft worden seien, sei nichts bekannt.

Auf eine weitere Anfrage wegen frühzeitiger und reichlicher Befreiung der deutschen Städte während der günstigen Verkehrszeit mit Gausbrando für den kommenden Winter wurde geantwortet, daß in dieser Beziehung entsprechende Anordnungen ergangen seien.

Auf eine Anfrage endlich wegen Ersatzes von Bismarck-Elektoren wurde gesagt, daß die Erlasse der kaiserlichen Verfügungen erst dann erfolgt, wenn Erlasse zur Hand sei. Sodann wurde die

Beratung des Haushalts des Reichsjustizamtes

fortgesetzt.

Abg. Pfleger (Str.) befürwortete eine Entschließung seiner Partei auf Schaffung einer Organisation deutscher Rechtsanwältinnen zu dem Zweck, eine Krankenliste zu schaffen, Ruhegehalt zu gewähren, insbesondere für die unterliegenden deutscher Rechtsanwältinnen einschließlich der seit 1. August 1914 Verstorbenen zu sorgen. Bei der Forderung der im Felde gefallenen jungen Rechtsanwältin ist zu berücksichtigen, daß auf Grund des Armeeerchts kein anderer Stand so wie die Rechtsanwältin Krafts- und Vermögens-Ansprüche machen muß. Den Staatsanwälten helfen wir, sobald ein Gesetzentwurf vorliegen zu einer sozialen Organisation des Rechtsanwaltschaften. Die Rechtsanwaltschaft ist ein wichtiger Faktor im öffentlichen Leben, eine Mittelpolier müssen unabhängig gemacht werden.

Abg. Behrens (D. Fr.): Die Verhältnisse des Krieges haben es mit sich gebracht, daß viele wegen Straftaten bestraft werden, die sie nicht als solche anerkennen. Kurze Freiheitsstrafen sollten in Geldstrafen umgewandelt werden können. Den Befragten müssen Warnungen vorangehen.

Abg. Herzfeld (U. S.): Das Strafmaß soll auf 10 Jahre hinausgesetzt werden. Die Gerichte haben auch Willkür annehmen, daß alle Anordnungen der militärischen Befehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit gesehen. Der Reichstag ist mit Schuld an dieser unerhörten Diktatur. Eine größere Klassenjustiz als während des Krieges hat es noch nie gegeben. Das Streben unserer Arbeiterschaft nach Freiheit wird mit Justizhaus bestraft. (Pfeife und Zwischenrufe.) Der Redner trägt eine große Reihe von Gerichtsakten gegen Arbeiter und Arbeiterinnen vor, begleitet von barmhertigen Witruen und anderer Unruhe.

Staatssekretär von Krause (von großer Unruhe und Zwischenrufen empfangen): Sie (zu den Sozialdemokraten) legen das Reichsgericht herab und verunglimpfen es. Das setzt die Ihre Auffassungen zu bewerten sind. Es ist ein Kränkel, die ausgesprochene Haltung unserer Arbeiterschaft und ihrer unermesslichen Taten für das Vaterland zum Ausgangspunkt für solche Ausführungen zu machen.

Das Reichsgericht vertritt in keiner Weise tendenziös. Der Entschließung des Zentrums über die soziale Fürsorge für den Anwaltsstand stehen wir sympathisch gegenüber. Eine Wahrung der Bestimmungen über die Befragung von Überlebenden der Kriegsverordnungen kann ich nicht unterstützen. Die Verordnungen bilden ein Ganzes zur Versorgung des ganzen Volkes während des Krieges. Der Umwandlung unserer Freiheitsstrafen in Geldstrafen stehen wir freundlich gegenüber.

Abg. Landsberg (Soz.): Dem Grundgedanken der Entschließung des Zentrums stimmen wir zu, wünschen aber eine andere Abfassung. Wir freuen uns, daß der Staatssekretär sich namentlich im Jugendrecht von jedem engstirnigen Standpunkt freigemacht hat.

Abg. Cohn-Vordhagen (U. S.): Wir stimmen der Zentrumsvorstellung und der sozialdemokratischen Veränderung zu. Das Jugendrecht muß schleunigst reformiert werden. Die Urteile aus Anlaß der Strafkammer sind bezügliche dringlich, daß sie das Rechtsempfinden günstig vermindern. Der Redner trägt fortgesetzt Kränkel für die Kriegsverurteilten. Er wird wiederholt zur Ordnung gerufen. (Großer Lärm.) Der Hausacht der Reichsjustizamtes wird bewilligt. Die beiden Entschließungen werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Kolonialhaushalts.

Abg. Heßler (F. Rp.): Eine große Anzahl deutscher Männer und Frauen, etwa 1500, schmachtet in Ostafrika in Gefangenschaft.

Abg. Stümann (Natl.): Unser Kolonialbesitz muß abgerundet werden. Wir müssen mit unseren kolonialen Rohstoffen unabhängig vom Ausland werden.

Abg. von Bülow (F. Rp.): In den Fragen der Kolonialpolitik sind wir uns einig. Ohne den Besitz der ständischen Rüste ist für uns eine Weltwirtschaft ausgeschlossen.

Abg. Arendt (D. Fr.): Wir fangen in der Kolonialpolitik von vorn an, aber es wird uns nicht an glücklichen Kolonialpolitikern fehlen.

Abg. Bentel (U. Sog.): Eine Sache des Volkes ist die Kolonialpolitik nicht, sie hat zum Kriege geführt.

Abg. Noke (Soz.): Die Ansicht der Sozialdemokratie, hinter der die Mehrheit des deutschen Volkes steht, ist es, daß die Feinde unter allen Umständen mit der Wiederherstellung unserer Kolonialmacht zu rechnen haben.

Unterhaushaltsrat Dr. Klein: Es sind Anordnungen im Gange, daß die Zitierten interniert nach Deutschland entlassen werden. Unser Kolonialbesitz muß wieder hergestellt werden. Unser Kolonialpolitik wird fortgeführt werden. Der Haushalt des Kolonialamtes und der Schutztruppen wird angenommen.

Darauf ist die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Dr. Waage dankt des Ablebens des früheren Vizepräsidenten Hänel in einer langen Rede.

Vizepräsident Dr. Waage schlägt die nächste Sitzung für Dienstag, den 4. Juni, 2 Uhr nachmittags, vor. Der Vorschlag wird angenommen.

Kaiser Karl wieder in Wien.

Wien, 14. Mai. Meldung des Wiener t. u. f. t. A. Bureau: Der Kaiser ist heute früh aus dem deutschen Großen Hauptquartier zurückgekehrt.

Die Besitzsteuer im Hauptauschuß.

Die Verkürzung der Gegensätze zwischen Reichstag und Einzelstaaten. — Immer größere Ausdehnung der Steuergewalt des Reiches. — Staat und Gemeinde brauchen ihre Einnahmequellen sehr notwendig.

Berlin, 14. Mai 1918.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute die Beratung der Besitzsteuer fort. Zu den bisherigen Anträgen ist eine Entschließung der unabhängigen Sozialdemokraten gekommen, die den Reichsanwalt erucht, dem Reichstage sofort eine Vorlage zu machen über eine Vermögensabgabe zur Abänderung der Reichsfinanz, die diese Abgabe unter Freilassung der kleinen Vermögen (aufzuheben bis auf 50 Proz. der Vermögen von 10 Millionen Mark und darüber ansetzen läßt.

Abg. Liesing (Sp.): Die Unannehmlichkeit der einzelstaatlichen Finanzminister ist zu begründen, denn die Gegensätze zwischen den Einzelstaaten des Reichstages und denen der Einzelstaaten hatten sich immer mehr verschärft. Das Reichstag hat nie abgelehnt, die Reichsverfassung auch als die Grundlage der Finanzwirtschaft des Reiches anzusehen. Seine Finanzpolitik ist dafür der beste Beweis. Aber der jetzige Etat entspricht nicht mehr den Vorschriften der Verfassung, da in ihm auch ordentliche Ausgaben aus Anleihen gedeckt werden. Dieser unnatürliche Zustand besteht selbstverständlich mit Zustimmung des Reichstages. Nun genügen die Einnahmen nicht mehr, um den laufenden Bedarf zu decken. Streng genommen müßte der Fehlbetrag durch die Matrularbeiträge gedeckt werden, denen die Einzelstaaten sich auch nicht entziehen könnten. Aber sie tämen durch höhere Matrularbeiträge in eine unumgängliche Lage, eine weitere Verkürzung ist daher zweckmäßig. Die Einzelstaaten waren bisher schon in der Höhe ihrer Einkommen- und Vermögensbesteuerung nicht unbefriedigt. Wenn es der Form nach der Fall war, schließlich aber nicht. In Zukunft sind Vereinbarungen zwischen dem Reich, den Einzelstaaten und den Gemeinden zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Leider ist bisher auf diesem Wege so gut wie nichts geschehen. Vielmehr sind die Einzelstaaten zu Beschlüssen veranlaßt worden, die sich mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vereinbaren lassen. Die Vor schläge der Entschließung der Mehrheitsparteien sind nach Lage der Verhältnisse die beste Lösung und diese Lösung darf nicht länger hinausgeschoben werden. Wünschenswert wäre es, wenn

Die große Finanzreform.

die kommen muß, schon während des Krieges mit dem jetzigen Reichstage gemacht würde, der die Höhe der Zeit kennt und ihnen Lösung fragen wird. Wie denn sich die Regierung diese Reform? Den sozialdemokratischen Antrag auf Ausbau der Erbschaftsteuer sollte man der Regierung als Material überweisen.

Bayerischer Finanzminister von Bräunig: Ich bin grundsätzlich einverstanden mit den Ausführungen des preussischen Finanzministers. Einer Besitzsteuer des Reiches in anderer Form, als sie in den Einzelstaaten bestehen, würden Bedenken nicht entgegenstehen. Aber wenn jetzt das Reich auch die Einkommen besteuert, so bedeutet das einen so tiefen Eingriff in die Steuererfassung der Einzelstaaten, daß hier von einer Lebensfrage der Bundesstaaten gesprochen werden muß.

Das Reich deht seine Steuergewalt immer weiter aus. Unrichtig ist, daß die Verbrauchssteuern vorwiegend die Massen betreffen. Heute ist eine Abwägung der Verbrauchssteuern in viel höherem Maße möglich als früher. Die bisherigen Höchstsätze für die Einkommen- und Vermögenssteuern werden von den Bundesstaaten nicht aufrechterhalten werden können. Sie werden erhöht werden müssen. Eine gleichzeitige Reichsbesteuerung des Einkommens wäre damit nicht vereinbar. Am besten würde man sich verständigen auf der Grundlage eines Ausbaues des Kriegsteuergesetzes durch eine Erhöhung des Mehreinkommens und des Vermögenswachses. Die Ausführungen des Vorredners über die Matrularbeiträge sind nicht zutreffend. Die Deckung durch Matrularbeiträge ist nur gedacht als eines der zahl-

reichen möglichen Mittel. Werden die Bundesstaaten in ihren Einnahmequellen beschränkt, so werden sie auch ihre Ausgaben einschränken müssen.

Abg. Bernheim (U. Sog.): Die vorliegenden Pläne der Mehrheit bedeuten nur ein Ausweichen vor den großen ihrer Lösung stehenden Aufgaben, ein sehr löstliches Verhalten, aber doch nicht aufzufassenden großen Reform. Wir müssen sofort zugreifen. Je mehr sich England demokratisiert, desto besser wurde seine Finanzpolitik, die sich immer mehr von den Verbrauchssteuern abwandte. Uns geht der Antrag der Mehrheitsparteien nicht weit genug. Das Ziel der Sozialdemokratie kann sich nicht an die historisch gewordenen Zustände binden.

Abg. Bernheim (U. Sog.): Die vorgeschlagenen Steuern liefern nicht nur auf dem Papier, sondern sie werden auch erhebliche Erträge bringen. Es treffen zum großen Teil auch den Besitz, und deshalb kann man nicht sagen, daß zum Ausgleich Besitzsteuern nötig sind. Schon jetzt sind in Deutschland die direkten Steuern stärker in Anspruch genommen als die indirekten Steuern, was nach gleichmäßig durch einen Vergleich der Jahre 1913 und 1917 bewiesen kann.

Die Bundesstaaten sind durchaus bereit, dem Reich zu geben, was ihm gebührt.

Aber es ist eine Liebertragung, wenn man von einer Notlage des Reiches spricht, wo wir doch gar nicht wissen, ob wir nicht die Kriegsgesetze in sich selbst die Einnahmequellen sehr notwendig und man kann die direkten Steuern nicht überlassen ohne eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens. Sagen wir schon jetzt eine direkten Steuern weitlich erhöhen, und nach dem Kriege wird es erst recht der Fall sein. Daher wehren sich die Einzelstaaten gegen eine Besteuerung der Einkommen durch das Reich. In auch gegen eine Besteuerung des Mehreinkommens durch das Reich bestehen Bedenken, mindestens gegen die Höhe der vorgeschlagenen Steuerätze.

Abg. Graf Welfer (Ami): Der Antrag der Mehrheitsparteien auf dessen Gehaltung hat keinen Einfluß hatten, ist uns im Sinne nach nicht recht klar. Inwiefern soll die Regierung aufgefordert werden, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten. Den endgültigen Bedarf des Reiches können wir heute noch nicht übersehen, weil wir nicht wissen, ob wir eine Kriegsschädigung bekommen. Wie kommt man unter diesen Umständen zu der Summe von 1200 Millionen Mark, die aufgebracht werden muß? Auch wir wollen den Besitz nicht heranziehen und dem Reich einen Zugriff auch zu dem Besitz gestatten. Aber wir wollen

der endgültigen Regelung durch eine Reichsbesteuerung der Einkommen und Vermögen nicht vorziehen.

Die Einkommensteuern müssen unbedingt und ausschließlich den Bundesstaaten vorbehalten bleiben, ebenso die Besteuerung des geldgebenden Vermögens. Die Regelung der Erbschaftsteuer muß bis nach dem Kriege verschoben werden. Die Bereinigung des Vermögenswachses muß mehr auf die Kriegsgewinne abgestellt werden. Die Kapitalbildung liegt im nationalökonomischen Interesse und darf durch zu hohe Steuern nicht unumgänglich gemacht werden. Sollte in späterer Zeit ein anderer Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern notwendig sein, so würden wir die Lösung am liebsten in der Richtung vornehmen, daß die Einzelstaaten einen Teil der Reichslasten in irgendeiner Form übernehmen. Unsere endgültige Stellungnahme zu dem Antrag der Mehrheitsparteien behalten wir uns vor.

Die Abstimmung über den Antrag Gröber wurde auf eine nach der Vollziehung angelegte Ausschüßung verschoben

Fortschrittliche Volkspartei und Reichs-Regierung.

Die parteiamtliche „liberale Korrespondenz“ schreibt unter dieser Überschrift:

In der rechtschönen Presse hat man es im Anschluß an die Verhandlungen des Hauptauschusses im Reichstag über die Vorfragen so dargestellt, als ob die Fortschrittliche Volkspartei der Regierung des Grafen Hertling überdrüssig sei und insbesondere auch sich an einem Vorstoß gegen den Reichsanwalt v. Pappe beteiligt habe. Wir haben demgegenüber bereits darauf hingewiesen, daß der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei die sogenannten Erzbergerischen Richtlinien nur ihrer Veröffentlichung überhaupt nicht bekannt geworden waren. Sie hat sich nach nachträglich am Freitag abend damit beschäftigt, eine Stellungnahme an etwaigen Anträgen der von Erzberger ausgearbeiteten Art zurückzugeben und folgende Entschließung angenommen:

Die Fraktion spricht einmütig ihr volles Vertrauen zum Reichsanwalt von Pappe an, dessen bisherige Haltung sie billigt, und erklärt sich bereit, seine Politik auch weiterhin zu unterstützen.

Es sind in der Ukraine schwere Verhältnisse von militärischen Stellen, insbesondere gegenüber der früheren Rada, begangen worden, und der Reichstag hatte das volle Recht, seine Stimme gegen diese Vorkommnisse zu erheben. Es liegt aber keine Veranlassung vor, der Reichsregierung die Verantwortung für diese Vorgänge aufzubürden, und es muß auch anerkannt werden, daß die höheren militärischen Stellen gegen einzelne der größten Vergriffe eingeschritten sind. Die Schwierigkeit soll auch nicht verkannt werden, welche den deutschen zivilen und militärischen Behörden in der Ukraine obliegt, auf der einen Seite für die Zuführung der Bestimmungen des Vertrag Friedensvertrages, insbesondere die Befreiung von Getreide, unter allen Umständen zu sorgen, andererseits im Lande beruhigend zu wirken und ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu fördern. Was die im Hauptauschuß erörterte Frage der Beziehungen zu Estland und Litland anlangt, so findet die Fortschrittliche Volkspartei von deutschen Standpunkt keinen Grund, der Annäherung dieser Gebiete an Deutschland entgegen zu wirken.

Voraussetzung ist natürlich, daß derartige Bestrebungen von dem Willen begleitet sind, das politische Leben jener Völker ausgleichender Schichten getragen sind. Die Erklärungen, die der Reichsanwalt in dieser Hinsicht gegenüber der schändlichen und kindlichen Verhandlungen abgegeben hat können nur als durchaus falsch anerkannt werden. Hoffentlich findet die lituanische Frage nach der unumgänglich erlangten Ausbändigung der kaiserlichen Anerkennungs-schreibens bald eine für das Land und Deutschland befriedigende endgültige Lösung.

Was die Tätigkeit des Reichsanwalts v. Pappe anlangt, der an allen diesen Fragen eifrig mitgewirkt hat, so denkt die Fortschrittliche Volkspartei nicht daran, sich die pessimistische Auffassung des „Vorwärts“ anzu eignen, daß es das Beste sei, der Vize-Kanzler lege sein Amt nieder und überlasse der Militärverwaltung, auch das politische Regiment zu übernehmen. Wer es mit Deutschland gut meint, wird es im Gegenteil den Männern an der Spitze der Reichsregierung dank wissen, wenn sie gegenüber allen entgegenstehenden Schwierigkeiten ihre Aufgabe im Interesse des Vaterlandes fortführen. Wir glauben auch nicht, daß die Sozialdemokraten, geschweige die große Masse des Volkes, im Endzustände herbeistehen, wie sie im Unmut vom „Vorwärts“ zur Klärung der Lage“ als erwünscht bezeichnet werden. Im übrigen sollte man bei aller auch noch so berechtigten Kritik stets die Grenzen im Auge behalten, die durch die Wirrungen auf das feindliche und neutrale Ausland gezogen sind. Daran hat es bei den jüngsten Erörterungen mehrfach gefehlt.

Mein „Vorstoß“ im Hauptauschuß.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Abgeordnete Erzberger in der „Voll. Sta.“ eine, eine volle Druckseite einnehmende Erklärung, in der er die Unrichtigkeiten, Entstellungen und freien Erfindungen, die auf dem Wege der Presse über die Vorgänge bei der Beratung der Vorfragen im Hauptauschuß in die Öffentlichkeit gelangt sind, aufklären und abwehren will. Wir können diese Ausführungen überlesen, bis dahin, wo Abg. Erzberger über seinen Antrag folgendes bemerkt:

Die wahre Sachverhalt ist folgender: Von mehreren Seiten und Parteien hat man an Mitteln an mich heran, man möge die längere Debatte mit einem Beschluß abbrechen, hierzu würden sich vorzüglich eignen die Richtlinien, welche ich bereits am Samstag herabgesetzt habe. Zu Bestätigung mit meinem nichtigen

